

Feuilleton



Verhüllung ist den Bürgerinnen von Saudi-Arabien immer noch vorgeschrieben: So sehen die Anhängerinnen der Nationalmannschaft bei der Fußball-WM aus.

Foto Laci Perenyi

Beginnt so die echte Intifada der Frauen?

Die „Bananen-Ereignisse“, sagte Gabriel Gracia Márquez einmal in einem Fernsehinterview, seien vielleicht seine früheste Erinnerung. Der Streik der „Bananeras“, der Arbeiter auf den Plantagen der United Fruit Company in Kolumbien, und dessen blutige Niederschlagung im Dezember 1928 waren so legendär, dass Márquez, als er mit dem Schreiben seines Romans „Hundert Jahre Einsamkeit“ begann, wissen wollte, welche Fakten real und wie hoch die Zahl der Toten tatsächlich gewesen war. Es war da einerseits von einem Massenmord die Rede, einem apokalyptischen Massaker. Andererseits sprachen Quellen von gerade mal einer Handvoll Toten. Wieder andere behaupteten, es hätte überhaupt keine Opfer gegeben. Márquez war enttäuscht. In einem Buch, in dem die Dinge vergrößert sind, wie bei „Hundert Jahre Einsamkeit“, führte er aus, müsse er eine ganze Eisenbahn mit Leichen füllen, damit das der Dimension des Romans gerecht würde. Er konnte und wollte nicht bei einer historisch ungesicherten Realität bleiben. Er entschied sich im Buch für eine Zahl von dreitausend Toten – was die historische Realität nach heutigem Forschungsstand gut abbildete.

Dies war eine meiner ersten Lektionen, als ich anfang, Romane zu schreiben. Wo fangen Fakten an? Wo endet Fiktion? Was ist Realität, und was ist Erfindung? Wer in seiner Literatur mit Fakten arbeitet, wird immer mit der Frage konfrontiert sein, was er verwendet und was er weglässt. Umso stärker die Fiktion ist, die ich auf den Fakten der Geschichte aufbaue, desto stärker ist die Überzeugungskraft der Geschichte, desto stärker tritt die Realität aus der Fiktion hervor.

Alles, was das Gedächtnis nicht aufbewahrt, taugt nicht zum Erzählen. Fakten und Fiktion sind austauschbar in meinen Romanen. Das war bei „Reise nach Tell al-Lahm“ der Fall, in „Jussifs Gesichter“, „Engel des Südens“ oder „Bagdad Marlboro“. Dennoch habe ich das noch nie so stark gespürt wie bei meinem neuen Roman, „Saras Stunde“, als am 19. Mai und in den Tagen danach über eine Welle der Verhaftungen von Frauen in Saudi-Arabien berichtet wurde. Was war geschehen?

Im April 2010 machte ich auf Einladung der deutschen Botschaft in Riad eine Lesereise durch Saudi-Arabien, eine Werbetour für deutsche Kultur und deutsche Lyrik in Zusammenarbeit mit saudischen Literaturklubs in mehreren Städten. Ich hatte bis dahin viel über Saudi-Arabien gelesen und gehört, war aber noch nie dort gewesen. Es ist nicht einfach, dorthin zu reisen, auch nicht für einen arabischen Bürger, selbst wenn er einen deutschen Pass besitzt. Und jetzt eine Reise über drei Wochen, mit einem diplomatischen Visum. Was für ein Geschenk! Allein der Besuch von Mekka war eine unglaubliche Erfahrung.

Bei meinen Veranstaltungen in den verschiedenen Städten waren immer nur Männer im Saal, die Frauen saßen in einem anderen Raum und verfolgten die Lesung über einen Bildschirm. Wenn sie Fragen stellten, hörte ich nur ihre Stimmen. Die Fragen waren detailliert und mutig. Nicht selten brachen die Frauen damit Tabus, wenn es um Doppelmoral und Scheinheiligkeit, um Religion und Freiheit, um Jungfräulichkeit, Macht und patriarchale Verhältnisse ging, die ich in meinen Romanen behandle. Ich war beeindruckt von diesen Frauen, bewunderte ihren Mut, ihr Interesse. Einige von ihnen fanden nach den Lesungen einen

Vor wenigen Monaten schrieb ich einen Roman über einen Aufstand der Frauen in Saudi-Arabien. Nun scheint die Wirklichkeit meine Fiktion einzuholen.

Von Najem Wali

Weg, mich zu treffen. Sie wollten mir ihre Geschichten erzählen. Eine von ihnen gab mir ein schwarzes Moleskin-Buch, eine Art Tagebuch mit Notizen und Betrachtungen. Ich sollte alles, was darin geschrieben ist, verstehen, wie ich wollte. Nur lesen sollte ich es erst, wenn ich wieder in Berlin wäre.

Im Irak braucht man nur einen Stein zu werfen und trifft eine Geschichte. In Saudi-Arabien braucht man nur den Frauen zuzuhören und bekommt tausendundeinen Roman. Die Geschichte in diesem kleinen Notizbuch ließ mich nicht mehr los. Genau wie andere Geschichten, die ich auf der Reise gehört hatte.

Als ich dann anfang, den Roman „Saras Stunde“ zu schreiben, begannen Fiktion und Fakten sich zu vermischen. Meine Sara – die Frau, deren Geschichte ich schrieb – ist teilweise realistisch gestaltet nach dem, was in dem schwarzen Notizbuch steht, aber sie enthält auch viel Fiktion, weil diese Sara ein Gesamtbild aller Frauen, die ich getroffen und deren Geschichten ich gehört habe, verkörpert sollte: Sie sind Frauen mit einem Körper aus Glas im Kampf gegen Stein in Saudi-Arabien, dem Königreich der Finsternis.

In einem solchen Land, in dem die Wirklichkeit selbst grotesk und surreal ist, in dem eine Behörde tatsächlich den Namen „Behörde für die Verbreitung der Tugendhaftigkeit und für die Verhinderung von Lastern“ trägt, wo es Frauen nicht erlaubt ist, ihr Gesicht zu zeigen, Auto zu fahren, ein eigenes Konto einzurichten, über eine Kreditkarte zu verfügen und ohne Begleitung eines männlichen Verwandten (mindestens) zweiten Grades ins Ausland zu reisen oder einen Mann aus einfachen Verhältnissen zu lieben, zu heiraten, in einem derartigen Land kann Realismus nicht die Sprache der Literatur sein. Es muss in phantastischer Form erzählt werden. Nicht nur über diese eine junge Frau namens Sara, die den Aufstand wagt, sondern auch über andere Frauen, die so sind wie sie. Die Geschichte wird zu einer Art Märchen, das mit einem Mord als einzig denkbare Lösung beginnt und mit einer Intifada von Frauen endet.

Fünf Jahre lang arbeitete ich mit Unterbrechungen an „Saras Stunde“. Und jede neue Geschichte, die ich von Frauen in Saudi-Arabien hörte, bestärkte mich in meinem Erzählvorhaben. Als ich den Roman dann an meinen Verleger in Beirut gab, wagte er es nicht, das Buch zu veröffentlichen. Aus Angst vor Saudi-Arabien natürlich. Auch zahlreiche andere Häuser lehnten ab, und es dauerte lange, bis ich endlich einen jungen Verlag mit Sitz in Beirut und Bagdad fand, der bereit war, den Roman auf Arabisch zu veröffentlichen. Dieser Mut wurde mit dem Verbot der Teilnahme an Buchmessen in Saudi-Arabien

und anderen Golfstaaten belohnt. Die Medien, die unter dem Einfluss der Petro-Dollars stehen, verweigerten die Veröffentlichung von Rezensionen. Intifada von Frauen? Wo? In Saudi-Arabien? Niemals. Die Geschichte sei nichts weiter als die Spinnerei eines Autors!

Seit dem 19. Mai 2018 ist die in „Saras Stunde“ erfundene Intifada der Frauen keine Fiktion mehr. An diesem Tag berichteten Nachrichtenagenturen von der Verhaftung mehrerer Frauen in Saudi-Arabien, darunter: Loujain al-Hathloul, Iman al-Nafjan und Azziza Al-Youssef.

Loujain al-Hathloul ist eine der prominentesten Frauenrechtlerinnen in Saudi-Arabien. Sie wurde 1989 in Paris geboren, hat französische Literatur in den Vereinigten Staaten studiert und lebte eine Weile in Frankreich, bevor sie mit ihrer Familie nach Riad umzog. Schon 2013, als sie aus dem Ausland kam, fuhr sie mit dem Auto ihres Vaters durch die saudische Hauptstadt und veröffentlichte eine Filmaufnahme davon in den sozialen Medien. Sie saß bereits in der Vergangenheit mehrfach im Gefängnis, zum letzten Mal 2014, für 73 Tage, weil sie in Begleitung der saudischen Journalistin Maisaa al-Amudi bis an die Grenze zu den Vereinigten arabischen Emiraten gefahren war. Beide Frauen wurden verhaftet, weil sie sich Fahrverboten widersetzt hatten. 2015 bekam Loujain al-Hathloul ein Einreiseverbot in die Emirate, was die enge Verbindung der Nachbarstaaten beweist und besonders darum so absurd ist, weil es Frauen in den Emiraten sehr wohl erlaubt ist, am Steuer zu sitzen. Im Juni 2017 verhaftete die saudische Behörde Loujain al-Hathloul noch einmal am Flughafen Dammam, im Osten des Landes, ohne konkrete Anklage. Al-Hathloul war auch die erste Frau, die 2015 bei Kommunalwahlen kandidieren wollte, obwohl die Behörden sich geweigert hatten, ihren Namen auf die Wahllisten zu setzen. Paradoxerweise waren genau diese Wahlen die ersten, an denen die Teilnahme von Frauen erlaubt wurde. Jetzt wurde Loujain al-Hathloul in ihrem Haus festgenommen, und man weiß nichts über ihr Schicksal seitdem.

Eine andere der jetzt verhafteten Frauen ist die renommierte Frauenrechtlerin Azziza Al-Youssef. Sie war die Initiatorin der Initiative „Zum Ende der Männerherrschaft“ und hatte es geschafft, vierzehntausend Unterschriften zu sammeln und diese Liste am 25. September 2016 bei König Salman Bin Abdulaziz persönlich einzureichen. Sie verlangte das Ende der Bevormundung der Frau durch den Mann in Saudi-Arabien. Dazu gehört, dass Frauen keinen Reisepass ohne Erlaubnis ihres Vormunds beantragen oder ohne seine Erlaubnis ins Ausland fahren dürfen. Sie dürfen keine Wohnung mieten oder Klage gegen jemanden erheben und müssen mit vielen Hindernissen im Alltag zurechtkommen. Die vierzehntausend Frauen haben die Petition mit vollem Namen unterschrieben. Laut Angaben von Human Rights Watch haben zusätzlich weitere 2500 Frauen die Petition durch Telegramme an den König unterstützt. Die Behörden haben das Schreiben entgegengenommen, jedoch kam nie eine Antwort. Azziza Al-Youssef schwieg dennoch nicht, bis sie am 19. Mai verhaftet wurde.

Andere verhaftete Frauen wie Iman al-Nafjan, Aisha al-Mania, Hissa al-Chaich, Madiha al-Ajrush, um nur einige Namen zu nennen, sind seit vielen Jahren aktiv: Als engagierte Frauenrechtlerinnen kämpfen sie für die Rechte der Frauen. Ihnen wird vorgeworfen, eine Zelle gegründet und am Umsturz des

Staates gearbeitet zu haben. Ihnen droht die Todesstrafe. Gemeinsam mit „ausländischen Kräften“ sollen sie versucht haben, Saudi-Arabien und seine Gesellschaft zu destabilisieren, heißt es von offizieller Seite. Wir kennen das ja: Immer, wenn es innenpolitische Probleme gibt, behaupten autokratische Herrscher, fremde Agenten wären dafür verantwortlich. Das saudische Königshaus legte mit einer Schmutzkampagne gegen die Beschuldigten nach, ohne dass es überhaupt eine konkrete Anklage gegen die Frauen gab, und die saudische Nachrichtenagentur kündigte darüber hinaus weitere Verhaftungen von „staatsfeindlichen“ Frauen an. Wie schwach ist dieses Königreich!

Natürlich glaube ich weder an die angeblichen Reformpläne von Mohamed Bin Salman noch an seine Vision vom Jahr 2035. Der Kronprinz tritt vor die westlichen Medien als Modernisierer, stellt Reformen in Aussicht – Kinos, Fußball, Musik, Ende des Fahrverbots für Frauen, gelockerte Kleidervorschriften, Einschränkung der Macht der Religionspolizei und so weiter. Er behauptet in seinen Interviews, dass das Land sich vorbereiten müsse auf die Zeit nach dem Öl. Ohne die Frauen wird das sicher nicht gelingen! Von Demokratie und politischen Reformen ist keine Rede. Seit drei Jahren führt Saudi-Arabien einen brutalen Krieg im Jemen. Tausende unschuldige Menschen, Kinder und Frauen starben durch gnadenlose Belagerung und bei Bombardierungen durch die saudische Luftwaffe. Ganze Städte wurden zerstört.

Wie kann Mohamed Bin Salman von Reformen reden, während er politische Gefangene hält? Der Blogger Raif Badawi sitzt seit Jahren im Gefängnis. Ihm wird Beleidigung des Islams vorgeworfen. Wie kann man von Lockerung, von Liberalisierung reden und weiterhin eine Religionspolizei, die „Behörde zur Verbreitung von Tugendhaftigkeit und der Verhinderung von Lastern“, auf die Leute hetzen? Warum verbietet oder zensiert man Bücher? Und warum verhaftet man Frauen, deren einziges „Vergehen“ es ist, das Land reformieren und die Macht der Männer beenden zu wollen? Wie passt das alles zu den vollmundig angekündigten Reformen?

Die Verhaftungen der Frauen bestätigen nicht nur meine Zweifel an den Versprechungen des saudischen Kronprinzen, sie bestätigen, was ich schon immer geglaubt und in „Saras Stunde“ darzustellen versucht habe: Wenn in Saudi-Arabien eine Veränderung kommen wird, dann von Seiten der Frauen.

„Hundert Jahre Einsamkeit“ hat nach seinem Erscheinen 1967 aus der angeblichen Legende der 1928 getöteten streikenden Arbeiter in den Bananenplantagen Geschichte gemacht. Bei „Saras Stunde“ dauerte es nicht lange, bis die Fiktion sich in der Realität widerspiegelte. Am 19. Februar 2018 erschien der Roman, in dem eine Intifada der Frauen in Form eines Märchens beschrieben wurde. Drei Monate später ist eine Intifada der Frauen in Saudi-Arabien mehr denn je Realität.

García Márquez brauchte dreitausend tote Bananeras, um seine Eisenbahn zu füllen. Ich musste die Zahl der rebellierenden Frauen in Saudi-Arabien nicht nennen. Viele begehren dort auf. Mehr denn je. Nur sie können das dort herrschende Unrecht verändern.

Najem Wali, geboren 1956 im irakischen Basra, ist Schriftsteller. Seit 1990 lebt er in Hamburg. „Saras Stunde“ ist bei Hanser erschienen.

Briefe an die Herausgeber

Logik des Kriminellen

Zum Kommentar „Tödliche Absurditäten“ (F.A.Z. vom 8. Juni): Jasper von Altenbockum fragt in seinem Artikel: „Ein polizeibekannter ‚Flüchtling‘ flüchtet mit seiner Familie aus Deutschland – in den Irak. Ist das nicht absurd genug?“ Nein, es ist keineswegs absurd, sondern logisch. Wenn man wegen Mordes gesucht wird, liegt es mehr als nahe, (a) dorthin zu gehen, wo man möglicherweise Unterschlupf finden kann, weil man noch familiäre oder andere Netzwerke

hat, (b) in ein Land zu fliehen, in dem die Wahrscheinlichkeit geringer ist, auf funktionierende Strafverfolgungsbehörden zu stoßen (was ja zum Glück dann nicht der Fall war).

Dass ein Krimineller in einem Land Unterschlupf sucht, ist alles andere als der Beweis dafür, dass es sich bei diesem Land um ein sicheres oder friedliches Land handelt.

CLEMENS SCHNEIDER, BERLIN

Er darf bleiben

Zu „Am Rande des Systeminfarkts“ (F.A.Z. vom 11. Juni): Eines muss man der Linken lassen: Sie ist auf der Höhe der Zeit. Offene Grenzen, Bleiberecht für alle, offene Arme für „Arbeitsmigranten“ aus aller Welt. Dieses Programm entspricht der Wirklichkeit in unserem Lande, wie man dem erhellenden Beitrag von Stefan Luft entnehmen kann. Es mag zwar ein kompliziertes Fremdenrecht geben, mit allen möglichen Kategorien von Bleiberechten und verästelten Verfahren zur Bestimmung des „richtigen“ Status. Das Ergebnis ist aber immer das gleiche: Alle dürfen ins Land, und alle dürfen bleiben – von wenigen Ausnahmen abgesehen.

Insofern ist auch der sogenannte Bamf-Skandal nur eine Petitesse und alles Gerede darüber Palaver. Für Politiker und Parteien eröffnet das Affären zwar eine neue Profilierungs-Spielwiese, in der Sache wird es aber folgenlos bleiben. Denn in der Wirklichkeit ist es völlig wurscht, ob ein neu ankommender Migrant seine Identität richtig oder falsch angibt, ob er über sein Alter lügt, ob er die Gründe für seine Migration wahrheitsgetreu schildert oder

erfindet, ob er die Beamten täuscht oder gar besticht. Am Ende steht immer dasselbe Ergebnis: Er darf hinein, und er darf bleiben. Und auch wenn Tausende Fälle neu bewertet werden sollten, wird sich daran nichts ändern. Man muss illusionlos feststellen: Dieser Staat und diese Gesellschaft sind unfähig und unwillens, die Kontrolle über die Zusammensetzung ihrer Bevölkerung wirksam auszuüben. Zu viele Kräfte zerren an zu vielen Enden, zu viele Machtinteressen sind im Spiel, als dass ein praktikabler Konsens möglich wäre. Ein faktischer Sieg links-grüner Politik auf der ganzen Linie.

Und so ist die Linke konsequent. Lasst alle und jeden ins Land. Dann sind wir moralisch auf der sicheren Seite, können das ganze Gerede und Gezänke um Migration abkürzen und uns endlich dieser beglückenden Aufgabe zuwenden, die uns von unseren historischen Sünden reinigen wird: der Integration all der neuen Bürger, die weiterhin unkontrolliert ins Land strömen. Utopien waren seit jeh die Stärke der Linken.

DR. BURKHARD BASTUCK, FRANKFURT/MAIN

Nachweisbare Misstände bei der Inklusion

Zum Thema Inklusion: Nach dem Wahldebakel im Herbst 2017 wurde von vielen Politikern bei der Aufarbeitung unter anderem immer wieder auch der Begriff Bildung bemüht. Bildung ist ein äußerst vielschichtiger Begriff. Auch die Inklusion gehört dazu. Durch die derzeitigen politischen Geschehnisse (Streit über die Flüchtlingspolitik) tritt das Thema Bildungspolitik öffentlich leider wieder stark in den Hintergrund. Es hat mich deshalb gefreut, dass die F.A.Z. am 14. Juni einen ausführlichen Bericht über die Inklusion von Heike Schmolll veröffentlichte. Schon im Oktober 2017 wurde in den Medien berichtet, dass es zwei Jahre nach Ende der Sonderschulpflicht noch gewaltig hakt beim gemeinsamen Unterricht. Ich bin fest davon überzeugt, dass es auch in 20 Jahren und darüber hinaus noch so sein wird. Es ist mir unbegreiflich, wie oberflächlich, ignorant und verantwortungslos die zuständigen Bildungspolitiker und Schulleiter und auch manche Eltern mit den betroffenen Kindern umgehen.

Zu der im F.A.Z.-Artikel berichteten Aussage von Frau Schumann – Sonderpädagogische Diagnostik konstruierte Behinderung auf der Basis von Normalitätsannahmen mit stereotypisierenden und stigmatisierenden Effekten, und mit der Konstruktion der Lernbehinderung werde außerdem die im Nationalsozialismus eingeführte sonderpädagogische Konstruktion der Hilfsschulbedürftigkeit in beschämender Weise fortgeführt – kann ich nur sagen, ich habe selten etwas Dämlicheres gelesen. Offensichtlich ist der Antrieb der Befürworter der Inklusion für dieses widersinnige Handeln die Selbstdarstellung und das Bestreben, zu zeigen, wie aufgeschlossen und fortschrittlich man ist. Dabei werden nicht nur die behinderten Kinder an den realen Erfordernissen vorbei behandelt. Auch die anderen Schüler müssen Nachteile in Kauf nehmen, weil die Lehrkräfte, auf deren Schultern diese unausgegorene Idee geladen wird, es gar nicht schaffen können, allen Kindern den adäquaten Unterricht zu geben.

Das Bewältigen der nachweisbaren Misstände wird in der Schaffung von neuen Stellen gesehen, wobei die Meinungen

über die erforderliche Zahl weit auseinanderliegen. Das Schlimme daran ist, dass die zusätzlichen Lehrkräfte im Schnellverfahren befähigt werden sollen, diese außerordentlich schwierige Aufgabe zu übernehmen. Bei dieser Entwicklung wird die im Artikel zitierte positive Aussage von Bernd Ahrebeck, wonach das Qualifikationsniveau sonderpädagogisch ausgebildeter Lehrer in Deutschland im internationalen Vergleich ausgesprochen hoch ist, nicht lange Bestand haben. Ich hatte als Mensch und als Architekt das Glück, für viele Kinder und Jugendliche mit den unterschiedlichsten Behinderungen bauen zu dürfen. Um ihren Erfordernissen möglichst gut entsprechen zu können, pflegte ich im Vorfeld sehr engen Kontakt zu ihnen.

Meine Erfahrung war, dass die unterschiedlichen Behinderungsarten sehr unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen mit sich bringen und dass selbst innerhalb einer Behinderungsgruppe große Unterschiede bestehen. Das jeweils erforderliche therapeutisch-pädagogische Spektrum abzudecken ist für Lehrkräfte der Allgemeinschulen nicht möglich. Auch nicht für „im Schnelldurchgang geschaffene Fachkräfte“. Selbst wenn sie guten Willens sind. Schon gar nicht, wenn sie wöchentlich nur wenige Stunden zusätzliche Hilfe leisten. Den Kindern kann auf jeden Fall besser geholfen werden, wenn sie in Förderschulen von fundiert ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet und betreut werden. Das Argument, man sperre sie weg, kann man widerlegen, indem man solche Einrichtungen baulich an Alltagschulen angliedert, so dass vor und nach dem Unterricht und in den Pausen zwanglose, stressfreie Begegnungen möglich sind. So können schon in jungen Jahren Berührungsgängste auch seitens der nicht Behinderten abgebaut werden. Obwohl es viele verdienstvolle Bemühungen um dieses Thema gibt, sehe ich, dass es noch immer für sehr viele Menschen unangenehm oder gar schwierig ist, Behinderten enger zu begegnen, so wie es schon vor 50 Jahren war, als ich mit meiner Arbeit für diesen Personenkreis beginnen durfte.

DR. SIGMUND RITTER, SCHWÄBISCH HALL

Vom Rehabilitationsansatz profitiert

Zu „Zurück zur Förderschule?“ von Heike Schmolll in F.A.Z. vom 14. Juni: Das Schwerbehindertengesetz von 1974 hat die deutsche Gesellschaft sehr erneuert, da es die Rehabilitation Behinderter in der Gesellschaft anstrebt. Integration bedeutet demnach ja auch, dass sich die Behinderten in die bestehenden Strukturen einfügen dürfen. Inklusion bedeutete hingegen, dass sich die Strukturen den Bedürfnissen der Behinderten in der Schule anpassen sollen. Das ist schon schwer und wird absolut unmöglich, wenn Menschen mit verschiedenen Behinderungen in die tägliche Routine einer Klasse inkludiert werden sollen.

Man hätte mich fragen können, meine beiden Bücher zur deutschen Behindertenpolitik lehnen nämlich den bestehenden Inklusionsansatz ab. Aber ich habe ab

1976 von dem 1974er Rehabilitationsansatz profitiert als Körperbehinderter, und dies ohne eine einzige Stunde Sonder-schulunterricht durch sogenannte Sonderpädagogen in meiner ganztägigen Schullaufbahn. Ich empfinde heute rückblickend, ich konnte nur deshalb so erfolgreich sein, weil meine Eltern an meine Selbstständigkeit glaubten, mir aber ebenso vermittelt haben: „Wir können dir nur zeigen, wo deine Schule ist, aber durch die Tür des Klassenzimmers musst du jeden Tag allein gehen und für das, was du da leistest oder nicht, da bist du auch ganz allein verantwortlich.“ Was stimmen muss, dass sind vor allem die „technischen“ Hilfsmittel der Integration. So habe ich mein Klassenzimmer beispielsweise immer mit Gehhilfen betreten.

DR. FRANK WOLFRAM WAGNER, LEMGO

General von Choltitz’ Widerstand

Zu „Nach der Okkupation“ (F.A.Z. vom 9. Juni): Im Artikel behauptet Georges-Arthur Goldschmidt, dass Paris „dank des schwedischen Generalkonsuls Nordling verschont geblieben“ war. Das ist definitiv falsch! Hitler hatte, wie Sie richtig schreiben, die völlige Zerstörung von Paris angeordnet und es war der General von Choltitz, der sich diesem Befehl wi-

dersetzte, wofür er nach Kriegsende vom französischen Staat mit einer Villa in Baden-Baden belohnt wurde. Ich bin kein Historiker, aber ich kannte General von Choltitz persönlich gut und verstehe nicht, wie die F.A.Z. solch eine Fälschungsfälschung unkommentiert drucken kann.

HANS-KARL LÜBBE, GUMOND, FRANKREICH